

2026-01

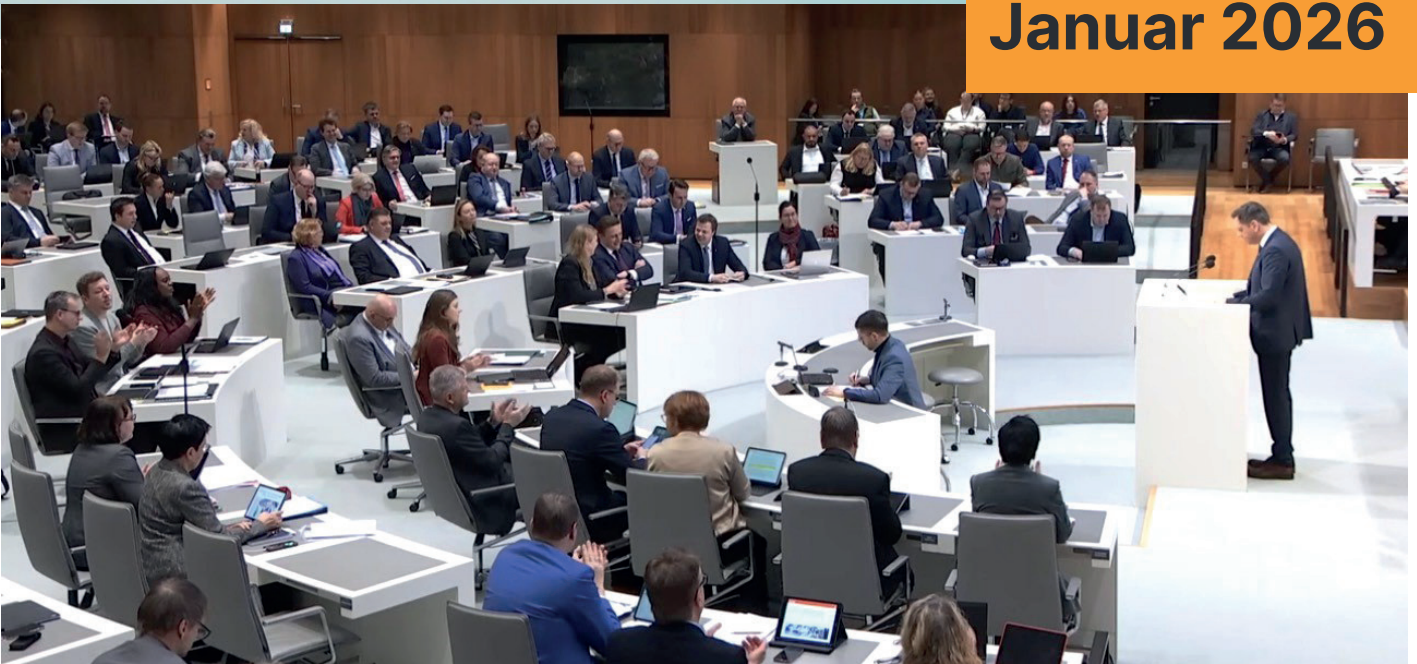


Dr. Frank Schmädeke

Aktuelles aus dem Landtag

und der Landespolitik

Januar 2026



Kurswechsel in der Bildungspolitik:
Entlastung, Verlässlichkeit und echte Umsetzung statt Ankündigungen



Planungssicherheit
für Infrastrukturprojekte darf nicht am Koalitionsstreit scheitern



Kapital, Tempo, Verlässlichkeit
Niedersachsen als Start-up-Land stärken



Sicherheit braucht Realismus
Niedersachsen und die Verantwortung für die Bundeswehr



Die letzte Seite
Gespräche, die wirken!

Liebe Leserinnen und Leser!



„Landtag“ findet auch hinter den Kulissen statt- hier im Gespräch mit Dr. Lorenz Kiene

Drei Tage Landtag – Verantwortung, Debatte und Haltung

Drei Plenartage, die eindrücklich gezeigt haben, wie vielfältig parlamentarische Arbeit ist.

Vom würdevollen Gedenken über intensive Debatten bis hin zu lebhaften Wortwechseln und klaren politischen Positionierungen: Diese Woche im Niedersäch-

sischen Landtag war geprägt von Verantwortung, Engagement und einer spürbaren Dynamik im Plenum.

Der erste Plenartag begann mit einer Gedenkstunde anlässlich des Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Vor Beginn der Beratungen gedachten die Abgeordneten der Opfer des Nationalsozialismus. Gastredner war der Publizist Michel Friedmann, der eindringlich daran erinnerte, dass Demokratie und Menschenrechte mehr erfordern als wohlfeile Worte. Sein Appell zu mehr Leidenschaft, Engagement und Streitbereitschaft wirkte über den Tag hinaus.

Inhaltlich prägten anschließend Beratungen zu Änderungen am Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz den ersten Sitzungstag – ein zentrales Thema für die kommunale Demokratie vor Ort.

Der zweite Plenartag war weniger emotional, dafür umso arbeitsintensiver. Zahlreiche Wahlgänge bestimmten den Ablauf, darunter die Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter an den Finanzgerichten sowie die Wahl eines neuen Präsidenten des Staatsgerichtshofs.

Mit **Wilhelm Mestwerdt** fiel die Entscheidung auf eine Persönlichkeit, deren anschließende Rede viele Zuhörerinnen und Zuhörer im Plenum beeindruckte.

Darüber hinaus wurden unterschiedliche Positionen in der Infrastrukturpolitik und zur Situation junger Menschen ohne Schulabschluss intensiv diskutiert.

Am dritten Plenartag war deutlich zu spüren, dass sich im Laufe der Woche politische Energie aufgestaut hatte. Bereits bei der Befragung des Ministerpräsidenten ging es ausgesprochen lebhaft zur Sache. Landtagspräsidentin Hanna Naber musste mehrfach ruhig, aber bestimmt an die Geschäftsordnung erinnern und erteilte sogar einen Ordnungsruf. Inhaltlich standen zentrale Zukunftsfragen im Mittelpunkt: Bildung und Inklusion, internationale Solidarität – insbesondere mit den protestierenden Menschen im Iran –, die Weiterentwicklung sozialer Beratung, nachhaltige Mobilität sowie die CDU-Initiativen zur Hightech-Agenda und zur Entlastung von Schulleitungen.

Diese drei Tage haben gezeigt: Parlamentarische Arbeit ist anspruchsvoll, manchmal anstrengend – und vor allem unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.

Besonders gefreut habe ich mit über die Besuche von **Dr. Lorenz Kiene**, Geschäftsführer von Classic Oil in Hoya, **Henning Rodekoher** und **Bettina Knaupe** von VILSA-Brunnen in Bruchhausen-Vilsen und **Matthias Hogrefe** Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Heemsen. Mehr dazu auf der „LetztenSeite“.



Neuer Präsident am niedersächsischen Staatsgerichtshof- Wilhelm Mesterwerth

Viele Spaß beim Lesen wünscht

Ihr

Dr.Frank Schmädke

Kurswechsel in der Bildungspolitik:

Entlastung, Verlässlichkeit und echte Umsetzung statt Ankündigungen

Die CDU-Landtagsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf in der niedersächsischen Bildungspolitik. Lehrkräfte und Schulleitungen würden zunehmend durch Verwaltungsaufgaben, unklare Strukturen und fehlende Unterstützung ausgebremst – zulasten von Unterrichtsqualität und Verlässlichkeit an den Schulen.

„Lehrkräfte und Schulleitungen verbringen inzwischen zu viel Zeit mit Verwaltungsaufgaben, die nichts mit gutem Unterricht zu tun haben“, erklärt **Sophie Ramdor**, Mitglied im Kultusausschuss. Abrechnungen, IT-Probleme und organisatorische Aufgaben nähmen immer mehr Raum ein.

„Wer das alles stemmen muss, hat weniger Zeit für das, wofür er ausgebildet wurde: für Unterricht und pädagogische Arbeit.“ Nach Einschätzung Ramdors wirke sich das unmittelbar auf die Unterrichtsversorgung aus. „Jede Stunde, die für Verwaltung verloren geht, fehlt den Schülerinnen und Schülern.“

Die CDU fordert deshalb dauerhafte Entlastungsstrukturen statt befristeter Projekte

„Schulen brauchen planbare und unbefristete Stellen, damit Entlastung wirklich wirkt“, so Ramdor. Verwaltungsassistenzen könnten dabei eine zentrale Rolle spielen, insbesondere bei organisatorischen Aufgaben und der IT-Betreuung.

„Weniger Bürokratie und mehr Unterstützung im Schulalltag sind ein Schlüssel für bessere Unterrichtsversorgung.“ Der derzeitige Entlassentwurf zu Verwaltungsassistenzen sei ein Schritt, reiche aber nicht aus: „Ein Entwurf allein entlastet noch keine Schule. Nie-

dersachsen hat kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“

Auch bei der Inklusion sieht die CDU erheblichen Nachholbedarf. „Inklusion entscheidet sich nicht im Ministerium, sondern im Klassenzimmer“, betont **Christian Fühner**, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Lehrkräfte stünden täglich vor der Herausforderung, individuelle Förderung und Unterricht für die gesamte Klasse gleichzeitig zu leisten.

„Klassenassistenzen können hier spürbar entlasten und dazu beitragen, Unterricht ruhiger, strukturierter und erfolgreicher zu gestalten.“



Klassenassistenzen unterstützten flexibel im Unterricht, strukturierten Lernprozesse und trügen dazu bei, Konflikte frühzeitig zu entschärfen. „Sie sichern Lernzeit und ermöglichen echte Teilhabe – nicht nur für einzelne Kinder mit Förderbedarf, sondern für die gesamte Lerngruppe“, so Fühner.

Die bisherige Praxis der Landesregierung kritisiert er scharf: „Statt bewährte Ansätze zu verstetigen, erleben wir Ausreden und Zuständigkeitsdebatten. Schulen handeln längst pragmatisch – aber ohne verlässlichen Rahmen.“ Die CDU fordert, Klassenassistenzen als festen Bestandteil multiprofessioneller Teams zu etablieren, mit klaren Aufgabenprofilen, verbindlicher Qualifizierung und rechtlicher Sicherheit.

Deutliche Kritik am neuen Ganztagerlass der Kultusministerin.

„Dieser Erlass hat jede Bodenhaftung verloren – das ist kein Oppositionsspruch, sondern

ein Warnsignal aus der Praxis.“ Schulleitungen, Bildungsverbände und Gewerkschaften warnten übereinstimmend davor, dass der Erlass an der Realität der Schulen vorbeigehe. Besonders schwer wiege der Vorwurf, Hinweise aus dem Anhörungsverfahren seien ignoriert worden.

„Wenn von ‚Partizipationstheater‘ gesprochen wird, ist das ein massiver Vertrauensverlust.“

Nach Auffassung der CDU klaffen Anspruch und Wirklichkeit beim Ganzttag immer weiter auseinander.

Personalmangel, Raumnot, Zeitdruck und finanzielle Unsicherheiten prägten den Schulalltag – während zentrale Fragen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs weiterhin ungeklärt seien.

Auch die kommunalen Spitzenverbände warnten vor einer Überforderung der Kommunen und forderten eine dauerhafte Ausfinanzierung nach dem Konnexitätsprinzip.

„Ganzttag kann ein Gewinn für Kinder und Familien sein – aber nur, wenn er gemeinsam mit den Schulen gestaltet wird“, stellt Fühner klar. Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb klare Zuständigkeiten, eine verlässliche Finanzierung nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“, realistische Qualitätsstandards und den Schutz der Schulautonomie.

Abschließend mahnt Fühner einen grundsätzlichen Kurswechsel an:

„Die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen ist weiterhin auf einem alarmierend schlechten Niveau. Statt sich im Klein-Klein zu verlieren, braucht es jetzt strukturelle Reformen: eine zukunftsfähige Lehrkräfteausbildung, ein langfristiges Konzept zur Unterrichtsversorgung und spürbare Entlastung durch Schulsozialarbeit, Verwaltungsassistenten und professionellen IT-Support. Unterricht muss wieder klare Priorität haben.“



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Fühner-
bildungspolitischer
Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion

Planungssicherheit

für Infrastrukturprojekte darf nicht am Koalitionsstreit scheitern

Infrastruktur ist weit mehr als Asphalt und Beton – sie ist die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, Mobilität und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Umso kritischer ist die aktuelle Situation in Niedersachsen, wo zentrale Verkehrsprojekte trotz vorhandener Bundesmittel ins Stocken geraten.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcel Scharrelmann, mahnt eindringlich:

Der Bund stellt Milliarden für den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen bereit. Doch Niedersachsen drohe diese Chance zu verspielen – nicht aus Geldmangel, sondern wegen anhaltender Konflikte innerhalb der rot-grünen Landesregierung.



Foto: Canva

Konkret geht es um zentrale Projekte wie die Küstenautobahn A20, die A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg sowie den Ausbau der E233.

Während der Verkehrsminister auf Umsetzung drängt, stellen führende Vertreter der Grünen diese Vorhaben grundsätzlich infrage. Die Folge sind widersprüchliche Signale, die für Verunsicherung sorgen – bei Unternehmen, (weiter auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

in den Regionen und bei den Menschen vor Ort. Für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist das ein echtes Problem.

Gerade Autobahnen und leistungsfähige Verkehrsachsen sind das Rückgrat des Wirtschaftsverkehrs. Sie sichern Lieferketten, entlasten bestehende Strecken und verbinden Häfen, Industriezentren und ländliche Räume. Mit Blick auf steigenden Güterverkehr und wachsende Anforderungen an Mobilität kann sich Niedersachsen ideologische Blockaden nicht leisten.

Kapital, Tempo, Verlässlichkeit

Niedersachsen als Start-up-Land stärken

Start-ups sind kein modischer Trend, sondern ein zentraler Baustein für die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens. Sie bringen Innovationen hervor, schaffen Arbeitsplätze und treiben den Strukturwandel voran. Doch damit aus guten Ideen erfolgreiche Unternehmen werden, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen.

Darauf weist **Colette Thiemann**, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, hin. Ideen und Talente seien im Land ausreichend vorhanden – es fehle jedoch häufig an verlässlichen Strukturen, ausreichendem Kapital und schnellen Verfahren. Gerade junge Unternehmen stießen früh an Grenzen, wenn Wachstum finanziert werden müsse.

Ein zentrales Problem sei die erste größere Finanzierungsrunde. Viele Start-ups scheiterten nicht an ihrem Produkt oder ihrer Geschäftsidee, sondern an fehlendem Wachstumskapital. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich deshalb für bessere Zugänge zu Finanzierung ein und fordert eine stärkere Beteiligung Niedersachsens an bundesweiten Programmen wie Regio Inno Growth sowie eine klare und verlässliche Kofinanzierung durch das Land.

Darüber hinaus spricht sich die CDU für mehr

Planungssicherheit ist dabei ein entscheidender Faktor: Wer Investitionen will, muss auch bereit sein, Infrastruktur zu ermöglichen.

Die CDU fordert deshalb eine klare und geschlossene Linie der Landesregierung.

Wo Baurecht vorliegt und Bundesmittel bereitstehen, muss umgesetzt werden. Zukunftsprojekte dürfen nicht zum Spielball koalitionsinterner Auseinandersetzungen werden. A20, A39 und E233 sind keine parteipolitischen Symbole, sondern entscheidende Bausteine für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in Niedersachsen.



Colette Thiemann – Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Planungssicherheit in der Förderpolitik aus. Bewährte Strukturen und erfolgreiche Programme müssten verstetigt werden, statt immer wieder neue, befristete Projekte aufzulegen.

Innovation brauche Verlässlichkeit – und dürfe sich nicht allein auf wenige Großstädte konzentrieren.

Auch in ländlichen Räumen müssten Gründungen realistische Chancen haben. Ebenso wichtig ist der Abbau bürokratischer Hürden. Gründen dürfe nicht im Verwaltungsdschungel stecken bleiben. Schnellere Verfahren, klare Zuständigkeiten und verlässliche Förderstrukturen seien entscheidend, um Niedersachsen als attraktiven Standort für junge Unternehmen zu positionieren.

Mehr Kapital, mehr Tempo und mehr Verlässlichkeit – mit diesen Leitlinien will die CDU dazu beitragen, dass Start-ups nicht abwandern, sondern in Niedersachsen wachsen und langfristig erfolgreich bleiben.

Sicherheit braucht Realismus

Niedersachsen und die Verantwortung für die Bundeswehr

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Diese Erkenntnis prägt zunehmend auch die politische Debatte im Niedersächsischen Landtag. Vor diesem Hintergrund wurde ein Gesetzentwurf zur Stärkung der Bundeswehr in Niedersachsen beraten – ein wichtiges Signal in einer veränderten sicherheitspolitischen Lage.

Der CDU-Landtagsabgeordnete **Lukas Reinken** machte dabei deutlich, dass Sicherheit längst nicht mehr ausschließlich Aufgabe des Bundes ist. Zunehmende hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Sabotage oder Drohnenflüge zeigen, dass auch die Länder gefordert sind, ihren Beitrag zu leisten. Niedersachsen müsse Verantwortung übernehmen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Sicherheit gewährleistet werden kann.



Kern des Gesetzentwurfs ist die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in sicherheitsrelevanten Bereichen, etwa im Bau-, Denkmal- und Raumordnungsrecht. Ziel ist es, notwendige Infrastruktur für die Bundeswehr schneller realisieren zu können. Wer von einer sicherheitspolitischen Zeitenwende spreche, dürfe Verfahren nicht weiter behandeln, als lebten wir noch in den 1990er-Jahren.

Sicherheit brauche heute Tempo, Klarheit und Entscheidungsfähigkeit.

Niedersachsen spielt dabei eine zentrale Rolle für die Bundeswehr. Das Land beherbergt zahlreiche bedeutende Standorte aller Teilstreitkräfte. Dazu zählen unter anderem Munsster als größter Heeresstandort Deutschlands,

Bergen mit dem NATO-Truppenübungsplatz, Wunstorf als wichtiger Lufttransportstützpunkt der Luftwaffe sowie Wilhelmshaven, einer der zentralen Marinestandorte mit dem größten Bundeswehrhafen.

Hinzu kommen weitere Standorte etwa in Lüneburg, Seedorf, Rotenburg (Wümme), Delmenhorst und Oldenburg. Insgesamt ist Niedersachsen eines der Bundesländer mit der höchsten militärischen Präsenz und trägt damit besondere Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr.

Kritisch sieht die CDU die bisherige Haltung der Landesregierung im Bereich Wissenschaft und Forschung.

Trotz politischer Ankündigungen fehlten konkrete gesetzliche Schritte zur Stärkung von Sicherheits- und Verteidigungsfor-

schung. Hochschulen benötigten klare rechtliche Voraussetzungen, um Forschung auch in sicherheitsrelevanten Bereichen leisten zu können. Pauschale Zivilklauseln schränkten die wissenschaftliche Freiheit ein und seien angesichts der aktuellen Bedrohungslage nicht mehr zeitgemäß.

Die Debatte macht deutlich: Frieden zu sichern heißt heute, vorbereitet zu sein. Niedersachsen kann und muss dazu seinen Beitrag leisten – durch schnellere Verfahren, klare politische Entscheidungen und verlässliche Unterstützung für die Bundeswehrstandorte im Land.

Verantwortung zu übernehmen ist kein Zeichen von Militarisierung, sondern von Realismus in einer unsicheren Zeit.

DIE LETZTE SEITE

Gespräche, die wirken!

Neben den Debatten im Plenum lebt die Arbeit im Landtag vor allem von den persönlichen Gesprächen. Oft entstehen gerade abseits der großen Bühne die Impulse, die Politik greifbar und wirksam machen.

So war Dr. Lorenz Kiene, Geschäftsführer der Christian Lühmann Gruppe, Gast des Parlamentskreis Mittelstand der CDU-Fraktion.

Im Austausch zu notwendige Rahmenbedingungen für alternative Kraftstoffe überzeugte der Unternehmer aus meinem Heimatwahlkreis mit großer Fachlichkeit, klaren Argumenten und einer ansteckenden Begeisterung für die Innovationskraft des niedersächsischen Mittelstands.

Ein Projekt, das ich seit seinen Anfängen begleite und das heute zeigt, wie wichtig Technologieoffenheit für Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit ist. Lornez hat seinen Besuch bei uns in einem Video dokumentiert, dass man auf meiner Internetseite www.frank-schmaedeke.de ansehen kann. Lohnt sich!

schäftsführer von VILSA-BRUNNEN, kam gemeinsam mit Unternehmenssprecherin Bettina Knaupe in den Landtag. Thema war das Niedersächsische Wassergesetz und die besonderen Herausforderungen für Mineralwasserbrunnen.

Gemeinsam mit meiner Kollegin **Verena Kämmerling** haben wir ein Gespräch zu den Kritikpunkten am Gesetzentwurf geführt: sachlich, konzentriert und lösungsorientiert – mit einem positiven Ergebnis am Ende.

Mein persönlicher Höhepunkt der Woche war schließlich der Besuch von Heemsens Bürgermeister, meinem engem Freund Matthias Hogrefe. Ihn der Landtagspräsidentin vorstellen zu dürfen, war ein besonderer Moment, der zeigt:



oben li.: Dr. Lorenz Kiene als Gast des Parlamentarischen Mittelstandskreises der CDU

mitte: v.re. Bettina Knaupe, Verena Kämmerling, Henning Rodekohl im Gespräch zum Wassergesetz

unten: Mein Freund und Bürgermeister Matthias Hogrefe (li.) zu Gast im Büro der Landtagspräsidentin Hanna Naber (mi.)

Am Abend stand ein weiteres praxisnahes Gespräch auf dem Programm:
Henning Rodekohl, Gesellschafter und Ge-

Bei aller politischen Arbeit bleiben die menschlichen Begegnungen das Fundament unseres Handelns.



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de

Impressum

V.i.S.d.P:
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6

31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke/
Canva